

Protokoll:

Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Wiechmann, stellt für seine Fraktion einen Ergänzungsantrag, welcher sich dafür ausspreche, die kommunalen Behindertenbeauftragten von Anfang an in der Steuerungsgruppe zu berücksichtigen und mitwirken zu lassen.

Konkret solle §2 Abs. 2 der Kooperationsvereinbarung von „ (...) setzt sich zusammen aus den Mitarbeitern der Abteilung Soziales (...) “ zu „ (...) setzt sich zusammen aus den kommunalen Behindertenbeauftragten und den Mitarbeitern (...) “ geändert werden. Er bittet um Zustimmung des Rates.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein erklärt, die Steuerungsgruppe bestehe zunächst aus der Verwaltungsebene und gehe anschließend in die Gremien, in welchen der Behindertenbeauftragte kraft seiner Funktion mit involviert sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt fest, dass die Angelegenheit im Sozialausschuss und auch im Haupt- und Finanzausschuss einstimmig vorbereitet worden war. Er ist der Meinung ein kurzfristiger Ergänzungsantrag erscheine nicht sinnvoll.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schuhmann- Dreyer schlägt vor, man verschiebe die Angelegenheit, um nochmals darüber zu beraten.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein ergänzt, die Kooperationsvereinbarung sei mit dem Kreis Mayen-Koblenz so abgesprochen. Wenn man Änderungen vornehmen wolle, müsse man diese zuvor neu verhandeln. Es bestehe kein Zweifel daran, dass behinderte Menschen einen anderen Bedarf und andere gesetzliche Ansprüche bräuchten als bisher. Diese Angelegenheit bis nach der Sommerpause zu verschieben sei nicht befriedigend, da man zeitlich zwingend eine Teilhabepanung fordere.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen fragt, ob die Teilhabepanung nicht vorbehaltlich der Zustimmung des Kreis Mayen-Koblenz beschlossen werden könne.

Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Wiechmann, erklärt, dass ihm schon die Zusage ausreichen würde, dass anstatt einem der 5 Mitarbeiter in die Steuergruppe der Behindertenbeauftragte geschickt werde.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein wiederholt, dass der Kreis Mayen-Koblenz selbst auch einen Behindertenbeauftragten habe und man dies nicht im Stadtrat so für den eigenen Behindertenbeauftragten zusagen könne. Sie bittet um Verständnis.

FBG- Fraktionsvorsitzender Gniffke spricht sich dafür aus, man solle entscheiden wie im Haupt- und Finanzausschuss abgestimmt. Wenn der Behindertenbeauftragte im Verfahren grundsätzlich beteiligt sei, reiche dies.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig gibt zu Protokoll, dass man wie vorbereitet beschließe und sich bemühen werde, die Behindertenbeauftragten so eng wie möglich einzubinden. In Absprache mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lässt er nicht mehr über den vorliegenden Änderungsantrag abstimmen.